



IMV Institut für
Medienverantwortung
gUG (haftungsbeschränkt)
Goethestraße 6
91054 Erlangen

Tel.: +49 9131 933 277-8
Fax: +49 9131 933 277-9
info@medienverantwortung.de
www.medienverantwortung.de

Redemanuskript, Constantin Wagner

Tagung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrates

© Constantin Wagner

Zugehörigkeit, Rassismus und die Rede von der Integration

Als Intro würde ich gerne einige Auszüge aus dem von Hilal Sezgin herausgegebenen Buch „Deutschland erfindet sich neu. Manifest der Vielen“ vorlesen, das als eine Art Antwort auf das Buch von Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ erschienen ist:

[Hilal Sezgin beschreibt zunächst ihre Kindheit, die so gar nicht den gängigen Klischees à la Sarrazin entspricht.] „Ja, könnte einer wie Sarrazin da sagen, aber das sind einzelne Gegenbeispiele. Die gibt's immer. Das heißt nicht, dass die allgemeinen Aussagen über ‚Problemmuslime‘ komplett falsch sind. Doch, das sind sie! An diesem Muslimdiskurs, wie er von Sarrazin und zig anderen Protagonisten unserer Medienlandschaft geführt wird, ist alles falsch. Grundfalsch. Weil er für Millionen von Menschen wenige, grobe Rubriken entwirft – die bereits nach genau jenen Bildern und Vorurteilen modelliert sind, die bestätigt werden sollen. Migrant, Muslim, Deutscher, Fremder – dieser Diskurs trennt einzelne Bevölkerungsteile säuberlich voneinander, stellt sie einander gegenüber und hetzt sie sogar gegeneinander auf. Dieser Diskurs ist falsch, weil er keinen Raum lässt für das Eigenrecht gelebten Lebens (...). Vielleicht reichen die wenigen Sätze über meine Jugend bereits, damit Sie mir glauben, dass meine Eltern und ich zwar Muslime sind – aber eben nicht von der schlimmen Sorte, die man ständig im Fernsehen sieht. Solche also, die kein Deutsch lernen wollen, Bomben gegen Andersgläubige einsetzen, Hartz IV abzocken und in ihrer Freizeit Zwangsverheiratung praktizieren. Wir also sind nicht so. Aber bitte glauben Sie mir auch etwas viel Wichtigeres: Ganz viele andere Muslime sind es eben auch nicht! Überhaupt würde ich die These wagen: Muslime sind beinahe normale Menschen. Stärkere These: Individuen sogar! Mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Berufen, mit Träumen und Ängsten... Eigentlich selbstverständlich, doch man kann diese Dinge gar nicht oft genug wiederholen, auch wenn ihre Behauptung dadurch nicht wahrer, sondern eher noch absurder wird. (...) Sarrazin übrigens interessiert sich eigentlich nur für zwei Bevölkerungsgruppen: für die muslimischen Migranten und die gleichsam ‚echten‘ Deutschen, nämlich die ohne Migrationshintergrund. Fünfundvierzig Prozent aller in Deutschland lebenden Muslime besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft, sind also Deutsche. Wo sollen die hin? Gibt es im Kopf von Sarrazin und Konsorten keinen

Platz für sie? Ist man dann entweder Muslim oder Deutscher? (...) Als Frau wird man nicht geboren, zur Frau wird man gemacht, schrieb einst Simone de Beauvoir als Credo des Feminismus. Laut herkömmlicher islamischer Auffassung wird jeder Mensch als Muslim geboren. Meine Erfahrung ist allerdings anders: Auch zum Muslim wird man gemacht. Egal, ob man will, egal, was man gelernt hat. Wenn man einen bestimmten Teint hat, eine *typische* Nase, einen *einschlägigen* Namen, Eltern aus einem der verdächtigen Länder. Von einem Prozess der Ethnisierung sprechen Soziologen: Eine ursprünglich religiöse Kategorie wird zur ethnischen Beschreibung. Ich nenne es: Muslimifizierung. Manchmal begehe ich dabei den Fehler, von *den* Deutschen zu sprechen. Was natürlich falsch ist. Es gibt diese hingebungsvollen Lehrerinnen, die alle Kinder gleichermaßen unterstützen, es gibt Menschen, die seit Jahrzehnten in der interkulturellen Arbeit aktiv sind und die derzeitige Entwicklung so fassungslos betrachten wie ich. Es gibt *die* Deutschen so wenig wie es *die* Muslime gibt. Das Problem ist: Für eine steigende Zahl anderer Deutscher sind Muslime nie Teil des gemeinsamen Wir, sondern immer die anderen. *Sie* machen *uns* zu *denen*. (...) Denn tatsächlich geht es um Anerkennung und um das Vorenthalten derselben. Nicht nur um Anerkennung für eine einzelne Leistung, sondern um die Anerkennung als Subjekt eines eigenen Lebens. Als eine Person, die arbeitet, lebt, liebt, denkt; die Pläne hat, die sie verwirklichen will, und Überzeugungen, die ihr etwas bedeuten. (...) Es ist für das Selbstverständnis eines modernen Menschen zentral, nicht nur Exemplar einer sozialen Kategorie zu sein, sondern Individuum – und von andern auch als solches wahrgenommen zu werden. Diese Art von Anerkennung ist fürs Soziale so lebenswichtig wie die Luft zum Atmen, und Entwicklungen wie die Muslimifizierung drohen sie abzuschneiden.“

- Aus: Hilal Sezgin: Deutschland schafft mich ab, Auszüge aus den Seiten 45-50 -

Damit sind wir schon Mitten im Thema. Es geht in dem Text von Hilal Sezgin zentral um die Anerkennung von (selbstverständlicher) Zugehörigkeit sowie um die Verweigerung davon. Die Autorin macht darauf aufmerksam, dass sie anders beurteilt wird, als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft bzw. Dominanzkultur, also „Ursprungsdeutsche“. Darauf will ich später zurückkommen.

Wichtig ist mir hier aber, dass die Verweigerung von Zugehörigkeit – aufgrund von „Abstammung“ oder der Zugehörigkeit zu einem „Kulturkreis“ – als „Rassismus“ benannt wird. Dies klarzumachen, ist auch in der öffentlichen Diskussion wichtig, auch wenn es in Deutschland dagegen Widerstand gibt – häufig werden Begriffe wie „Fremdenfeindlichkeit“ benutzt, welche aber implizieren, dass die Adressaten dieser Diskurse tatsächlich „Fremde“ seien. Häufig wird auch von „Rechtsextremismus“ gesprochen. Wenn wir aber von Rassismus reden, sprechen wir von Machtverhältnissen und damit von der Mitte der Gesellschaft und nicht von den extremen Rändern. Wenn wir uns mit einer sozialwissenschaftlich gängigen Kurz-Definition nach Memmi dem Begriff „Rassismus“ annähern, gibt es drei Strukturmomente von Rassismus:

1. Die Hervorhebung von Unterschieden; die Konstruktion einer Gruppe

2. Die Wertung dieser Unterschiede – d.h. negative Darstellung i.S.v. Unterlegenheit sowie
3. der Gebrauch dieser Wertungen im Interesse des Wertenden, insbesondere zur Legitimierung von Macht und Privilegien.

Diese drei Strukturmomente sind sicherlich erfüllt, wenn man die Zeugnisse von nicht-herkunftsdeutschen Personen betrachtet, etwa diejenigen, die ich gerade zitiert habe. Zu dieser Verweigerung von Rechten zählt auch die Verweigerung der Staatsbürgerschaft und politischer Partizipationsmöglichkeiten.

Es gibt ja eine Vielzahl solcher Zeugnisse, ein Beispiel ist auch der Abschnitt „Ein Tag unter Weißen“ aus dem sehr empfehlenswerten Buch von Noah Sow „Deutschland Schwarz-Weiß“.

Zunächst will ich auf die Wurzel des Phänomens „Rassismus“ eingehen, dem ersten Strukturmoment von Rassismus, nämlich auf die Konstruktion einer Gruppe bzw. „Markierung“ von Personen und damit auf zentrale Wahrnehmungs- und Konstruktionsmechanismen.



- Bild aus: Noah Sow: Deutschland Schwarz Weiß, S. 40 –

Richtig ist, dass dieses Bild zwei Polizisten zeigt, einen davon in Zivil, die hinter einem nicht im Bild erscheinenden Verdächtigen hinterherlaufen. Dieses Bild ist deswegen interessant, weil es unsere „normalen“ Seh- und Wahrnehmungsweisen konterkariert.

In der Praxis der Medienberichterstattung lassen sich folgende Konstruktionsmechanismen häufig finden, die erst dafür sorgen, dass wir bei dem eben gezeigten Bild die tatsächliche Lösung nicht als eine unter mehreren Möglichkeiten selbstverständlich mitdenken:

1. *Zeigen und Ausblenden*
2. *Sinn-Induktion bzw. Induktionseffekte*
3. *Markierung*
4. *Bildlichkeit bzw. Metapher oder „Kollektivsymbolik“*

Diese Darstellungs- und Wahrnehmungsweise markierter Gruppen, z.B. der „Migranten“ haben natürlich konkrete Auswirkungen und sind nicht nur „unfaire“ Behandlungen oder einfach nur falsch.

Noah Sow hat in ihrem bereits erwähnten Buch „Deutschland Schwarz Weiß“ eine Liste von Privilegien zusammengestellt, über die weiße Deutsche per Geburt verfügen (Auszüge, siehe Seiten 42 und 43):

- als Individuum betrachtet zu werden
- als vollwertiges Mitglied der Bevölkerung betrachtet zu werden
- nicht automatisch als ‚fremd‘ betrachtet zu werden
- nicht rechtfertigen zu müssen, weshalb Sie in Ihrem eigenen Land leben oder weshalb Sie überhaupt in ihrer Form und Farbe existieren
- sich und ihre Gruppe selbst benenn zu dürfen
- alle Menschen, die nicht weiß sind, benennen, einteilen und kategorisieren zu dürfen
- dass Ihre Anwesenheit als normal und selbstverständlich betrachtet wird
- sich benehmen zu können, als spiele Ihre eigene ethnische Zugehörigkeit keine Rolle
- aufzuwachsen, ohne dass Sie rassistisch beleidigt werden können
- in der Gesellschaft, in der Sie sich bewegen, öffentlich anonym bleiben zu können, wenn Sie wollen
- Fremden Ihre Herkunft nicht erklären zu müssen
- auf Rassismus nicht reagieren zu müssen

Mit anderen Worten: Die Diskriminierung der einen Seite hat auch eine Gegenseite, nämlich die Privilegien von anderen Personen, nämlich den Weißen oder „Herkunftsdeutschen“. Dies ist für die meisten Weißen sehr schwer einzugestehen.

Mit der aus den USA kommenden „Kritischen Weißseinsforschung“ bzw. *Critical Whiteness Studies* lässt sich hier ein Perspektivenwechsel vollziehen. Und ich glaube, dass dies in der Debatte um Migration in Deutschland dringend notwendig ist, und ich glaube, dass vor allem die Marginalisierten selbst diesen Perspektivwechsel erzwingen und dafür kämpfen müssen.

Wenn man diesen Perspektivwechsel ernstnimmt, lässt sich über andere Sachen reden, als es normalerweise – entsprechend der Gewohnheiten und der Machtverhältnisse – in Deutschland getan wird.

Dazu gehört eine kritische Reflektion der deutschen Geschichte und Vergangenheit im Hinblick auf koloniale Phantasien:

Zunächst gilt es zu betonen, dass unter „Kolonialismus“ nicht primär Territorialherrschaft verstanden werden muss, sondern ein ganzes Denksystem – nämlich die Verortung des „Eigenen“ und des „Fremden“ im globalen Maßstab. Kolonialismus ist damit nicht auf die territoriale Kolonialherrschaft zu reduzieren. Der deutsche Kolonialismus ist dafür in gewissem Sinne ein Musterbeispiel, da das „imaginäre Moment“ hier eine zentrale Rolle spielt – was nicht heißt, dass dieses

Denksystem nicht ganz konkrete materiale Praxen der Unterdrückung und Beherrschung hervorgebracht hat. Koloniales Denken hat Deutschland in seiner geschichtlichen Entwicklung entscheidend geprägt. Auch wenn es richtig ist, dass Deutschland keine koloniale Vergangenheit im Stile anderer europäischer Länder hat, gab es sehr wohl deutsche Kolonien; viele Deutsche waren überdies an den kolonialistischen Projekten anderer europäischer Mächte beteiligt und schließlich kann auch die GastarbeiterInnenanwerbung als koloniales Projekt verstanden werden (auf diesen letzten Punkt will ich gleich am Rande noch eingehen). Auch „interkulturelle Einwanderungsgesellschaften“ sind nicht „unschuldig“, sondern haben eine bestimmte Geschichte – es ist die der kolonialen Expansion. AktivistInnen der britischen MigrantInnenbewegung haben versucht, dies mit dem Slogan *we are here because you were there* ins Bewusstsein zu rufen. Die Beziehungen zwischen MigrantInnen und der „Mehrheitsgesellschaft“ haben somit eine historische Dimension – aus Perspektive der *postcolonial studies* ist von einer *longue durée*, von einer dauerhaften Wirkung der in (post-)kolonialen Verhältnissen vermittelten Bildern auszugehen. Bisher sind die kolonialen Ursprünge und Elemente von heutigen (innergesellschaftlichen) Herrschafts- und Gewaltformen aber nur unzureichend berücksichtigt. Ein Verständnis der deutschen Kultur in einem weiteren postkolonialen Kontext kann helfen, die deutsche Geschichte und Gegenwart zu verstehen, denn die kolonialen Fantasien wirken bis heute nach.

In Deutschland existiert ein weit verbreiteter Glaube, dass eine eigene koloniale Vergangenheit im nennenswerten Umfang nicht vorhanden sei; diese gesellschaftliche Geschichtsvermittlung verweigert es, sich mit kolonialen Geschichtsbildern und andauernden Machtverhältnissen auseinander zu setzen. Dies geschieht durch Verharmlosung und Relativierung, da die Bedeutung kolonialer Dominanz nur mit scheinbar objektiven Parametern (ökonomischen, demographischen und geopolitischen) gemessen wird. Damit wird die Wirkmächtigkeit kolonialer Denkweisen im kulturellen und auch im politisch-rechtlichen Bereich außer Acht gelassen. Durch die Neigung, Kolonialismus und Kolonialherrschaft gleichzusetzen, wird Deutschland nicht in den näheren Zusammenhang mit Kolonialismus gebracht.

Deutschland war eng mit dem kolonialistischen Projekt verbunden und die Auswirkungen der kolonialen Erfahrung beeinfluss(t)en weit über 1918 hinaus Kultur und Gesellschaft. Mit dem kolonialen Denken geht es um Verhältnisse von Dominanz und Unterwerfung.

Koloniales Denken war in Deutschland Teil der Alltagswelt; es entwickelte sich im Kaiserreich eine deutsche Kolonialkultur und Kulturindustrie, die das Konsuminteresse nach exotischer Fremdheit und rassistischer Stereotypisierung bediente. Durch viele verschiedene Medien der Populärkultur wurden koloniale Fantasien massenhaft erfahrbar gemacht. In diesen Praktiken der Fremdrepräsentation wurde die koloniale Begegnung nicht nur zu einer alltäglichen Ware, sondern auch zu einem Raum der hierarchischen Inszenierung.

Tatsächlich haben sich die postkolonialen und rassismuskritischen Prämissen nicht nur für die klassische Expansion in Übersee als analytisch fruchtbar erwiesen, sondern sind auf eine Vielzahl weiterer Konstellationen angewandt worden, in denen Herrschaft darauf basiert, die Beherrschten als „anders“ wahrzunehmen.

Wie Malte Fuhrmann in seinem 2006 erschienen Buch „Der Traum vom deutschen Orient. Zwei deutsche Kolonien im Osmanischen Reich 1851-1918“ herausgearbeitet hat, war ein Deutschland war ein „ethischer Imperialismus“ beziehungsweise eine „kulturelle Kolonisierung“ typisch für das deutsche Kolonialbestreben, eben auch weil kein längerfristiger Erfolg bei der Installation von Kolonien erzielt wurde. Es gab vielzählige Versuche des Wirkens auf die Welt durch Verbreitung eigener kultureller Muster; dabei fühlte man sich ganz klar in der Position des Kolonisators. Im deutschen Diskurs war es der Begriff der „moralischen Eroberung“, der den Versuch abbildet, die eigene Herrschaft über Andere zu stärken und gleichzeitig die Widerstandskraft und Moral der zu unterwerfenden Gruppe zu schwächen. Im deutschen Orient-Kolonialismus wurde dies explizit als Ziel formuliert; die „moralische Eroberung“ hatte einen festen Platz in der kolonialen Imagination und Praxis. Gerade der Verlust der Kolonien und der semi-kolonialen Einflussräume veranlasste das Deutsche Reich dazu, die moralischen Eroberungen, insbesondere die säkulare Mission in Form von „Kulturarbeit“, zu einem zentralen Moment der Außenpolitik zu machen.

Auch hier sollte man einmal darüber nachdenken, welche Auswirkungen auf heutige Praktiken in Bezug auf Migration diese Bilder noch zeitigen. Denn viele der während des Traums vom deutschen Orient entstandenen Bilder und Logiken vermochten weit über die Umstände ihres Entstehens weiter zu bestehen.

Europäische Einwanderungsgesellschaften stehen selbst dann in der Tradition des Kolonialismus, wenn die jeweiligen Länder keine oder nur für relativ kurze Zeit Kolonien besessen haben, denn die eurozentrische Weltsicht ist zu einem europäischen Erkenntnis- und Machtinstrument geworden. Es geht um die Partizipation an einem Macht-Wissen-Komplex, der eine materielle Entsprechung findet. Es ist der Kolonialismus und die durch ihn hergestellte Weltordnung, der den Eurozentrismus so einflussreich und bedeutsam macht. Nicht zuletzt die „Betroffenen“ von eurozentrischen Diskursen selbst haben darauf hingewiesen, dass eurozentrisches Denken nicht nur die Erkenntnis behindert, sondern auch (politische) Auswirkungen hat.

Ich könnte hier noch weiter eingehen auf das Ausmaß des deutschen Kolonialismus – welches sowohl qualitativ als auch quantitativ größer ausfällt als in Deutschland gemeinhin angenommen; dies wäre aber Thema eines eigenen Vortrags. Erwähnen aber will ich noch, dass es ohne die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit schwierig erscheint, die Präsenz kolonialer Muster im Bestehenden wiederzuerkennen.

Kien Nghi Ha schreibt 2010 in seinem Essay „Postkoloniale Kritik als politisches Projekt“ auf Seite 274:

„Sowohl außereuropäische *People of Color* als auch muslimische EinwanderInnen stehen mit ehemals kolonialisierten geographischen Regionen oder peripheren Räumen in Verbindung und sind mit tradierten kolonialrassistischen beziehungsweise orientalistisch-islamophoben Zuschreibungen konfrontiert.“

In Bezug auf Praktiken der Arbeitsmigrationspolitik lassen sich deutliche Kontinuitäten herausarbeiten; trotz Modifizierungen kam es nicht zu einer Abkehr von der kolonial geprägten Politik. Migrationspolitische Überlegungen waren in unterschiedlichen Ausformungen immer Bestandteil des Kolonialdiskurses. Die heutige Diskussion knüpft an Prämissen an, die seit der Konstituierung der deutschen Migrationspolitik im imperialen Kontext zu ihren Axiomen zählen: Nutzenkalkül, nationale Verwertungsgesichtspunkte, sozio-ökonomischer und kultureller Nutzwert, Subjekt-Objekt-Struktur, Hierarchisierung von Bevölkerungsgruppen und koloniale Wunschträume nach einem menschlichen *Perpetuum mobile*. Damit ist man, so Ha, konzeptionell auf dem Stand der kolonialen Migrationspolitik Preußens beziehungsweise folgt in wirtschafts- und nationalliberaler Motivlage kolonialen Traditionen. So verwundert es nicht, dass im heutigen Migrationsdiskurs koloniale Metaphern wiederkehren und dass tief verwurzelte Machtverhältnisse in einer eurozentrischen Diskursstruktur der Gegenwart ungehemmt funktionieren. Kien Nghi Ha schreibt in seinem 2003 erschienenen Aufsatz „Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik“ auf Seite 84f. hierzu:

„Zwar fand die Arbeitsmigration in der BRD unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt. Doch hatte sich in der Migrationspolitik des imperialen Deutschlands ein Repertoire an kolonialrassistischen Sozialtechniken und Umgangsformen herausgebildet, das in den gesellschaftlichen Reaktionsweisen der BRD in unbewusster, fragmentierter, modifizierter und/oder modernisierter Form präsent blieb. (...) Viele rassistische Praktiken in der Migrationspolitik haben sich – obwohl aktuelle Bedingungen und Auswirkungen immer kontextuell zu betrachten sind – als Sozialtechnik nur wenig verändert. So gehörten Kriminalisierung und Infantilisierung, die als Topoi auch im Kolonialdiskurs wiederzufinden sind, zu jenen Praktiken, die bis heute gültige Stereotypen des »Anderen« produzieren. Beide Praktiken beschwören den unmündigen bzw. gefährlichen »Fremden«, dessen komplementäre Seiten der Irrationalität durch Erziehung und Paternalismus abzuhelpen bzw. durch Weisungen und Ordnungsmaßnahmen zur Raison zu bringen sind.“

(Arbeits-)Migration ist kein neues Phänomen und hat nicht erst 1955 oder 1961 mit den Anwerbeverträgen von so genannten GastarbeiterInnen begonnen, auch wenn im öffentlichen Bewusstsein (wie in der wissenschaftlichen Beschäftigung) durch einen Mythos des Neuanfangs Kontinuitäten verdrängt werden. Die Anfänge deutscher Arbeitsmigrationspolitik sind im Wilhelminischen Kaiserreich anzusiedeln. Das Konzept der „industriellen Reservearmee“, die Struktur der gesellschaftlichen Unterschichtung oder die Verweigerung staatsbürgerlicher Rechte zeigen einen

Umgang nach kolonialem Muster mit den GastarbeiterInnen. Nationalinteressen wurden und werden vor die Rechte der Migrierten gestellt, die als Arbeitsobjekte erscheinen; rechtlich, sozial und politisch sollten die ArbeitsmigrantInnen als Menschen zweiter Klasse ohne gleiche Rechte bleiben. Tatsächlich erfolgte die Genese staatlicher Migrationspolitik zeitgleich mit der Realisierung nationalstaatlicher Kolonialpolitik. Deutschland wurde innerhalb kurzer Zeit zum weltweit zweitgrößten Importeur von Arbeitskräften; dieser Import wurde allerdings nicht als dauerhafte Einwanderung konzipiert. MigrantInnen wurden in den letzten 120 Jahren prinzipiell immer dann nach Deutschland geholt, wenn Arbeitskräftemangel beziehungsweise eine Nachfrage nach billigen Arbeitskräften bestand; diese Logik wurde bei der Ausgestaltung der Gastarbeit in der BRD nahezu ungebrochen erhalten. Diese Logik hat etwas zu tun mit kolonialen Überlegenheitsfantasien und Rassismus und zeitigt reale politische Auswirkungen auch abseits von kolonialer Territorialherrschaft.

In der Tat – das wissen Sie – war die GastarbeiterInnenanwerbung für Deutschland volkswirtschaftlich ein sehr großer Gewinn, während die Bilanz für die Entsendeländer negativ war – was an ein neokoloniales Ausbeutungssystem erinnert; das Gastarbeiterregime kann als spezifische Form internationaler Arbeitsteilung verstanden werden. Mit dem materiellen Aspekt verbunden war und ist ein ethnisch-nationales Selbstwertgefühl, denn die Unterschichtung wurde mit rassistischen Stereotypen bezüglich der Unzulänglichkeiten und kulturellen Unterlegenheiten der nicht deutschen ArbeitnehmerInnen legitimiert. Dieser Begründungsdiskurs findet sich im Deutschland des Kaiserreichs und der Bundesrepublik parallel, wenn auch nicht gleich. Die Arbeitsbedingungen der nicht-deutschen Arbeitskräfte im Kaiserreich erinnerten an die rassistischen Strukturen überseeischer Kolonien. Verbunden war die Verfügbarkeit über Arbeitskraft mit der Macht, über die Existenzrechte und Existenzbedingungen der Zugewanderten in Deutschland zu entscheiden. Die Duldung der „Fremden“ verläuft dabei nach dem Maßstab ihres wirtschaftlichen Nutzens, der ihre Bewertung regelt.

Koloniale Projekte und Fantasien in zahlreichen gesellschaftlichen Feldern wurden vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik weitergereicht. Es steht deshalb außer Zweifel, dass der Kolonialismus als Denksystem Politik und Gesellschaft in Deutschland weiterhin prägen. Dafür ließen sich viele Beispiele ausmachen – so gibt es Parallelen zwischen Integrationskursen und der Kolonialpädagogik, „Integration“ und anderen Akten politischer Kontrolle oder kultureller Überprüfung und juristischer Zertifizierung.

Ein weiteres Beispiel ist das Blut- und Abstammungsprinzip, das 1913 im Staatsangehörigkeitsrecht festgeschrieben wurde und erst im Jahr 2000 – wie Sie wissen – auch nicht abgeschafft, sondern lediglich modifiziert wurde. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das zentrale Instrument, um Eingewanderten und ihren Nachkommen keinen Rechtsanspruch auf elementare Bürgerrechte und politische Partizipationsmöglichkeiten zuzugestehen; das koloniale Bewusstsein wirkt hier fort. Das Staatsangehörigkeitsrecht von 1913 ist nur in seinem kolonialen Kontext verstehbar – denn das Recht auf deutsche Staatsbürgerschaft erlosch nicht mehr nach zehn Jahren und war auf Nachkommen übertragbar. So sollte sichergestellt

werden, dass deutsche Siedler in den außereuropäischen Regionen der deutschen Nation und ihrer Volkswirtschaft nicht verloren gingen.

An dieser Stelle müsste man eigentlich noch näher eingehen auf die massive Verdrängung deutscher Kolonialpolitik und kolonialer Kontinuitäten in der bundesdeutschen Gesellschaft. Hier will ich aber aus Zeitgründen abbrechen.

Genauso wie die Beschäftigung mit dem Kolonialismus und imperialen Gedanken gehört zu einer kritischen Beschäftigung aus einer rassismuskritischen Perspektive auch das Hinterfragen des dominanten Geschichtsbildes:

Eine eurozentrismuskritische Perspektive kann darauf aufmerksam machen, dass zur konservativen Praxis der Geschichtserzählung nicht nur gehört, die Weltgeschichte – genauso wie die deutsche Geschichte – aus einer europäischen bzw. deutschen Perspektive zu erzählen, sondern auch, dass mit ihr eine (hinterfragbare) normative Perspektive vertreten wird. In dieser ist das Projekt der europäischen Moderne die Erfolgsgeschichte einer autonomen Entwicklung. Konstitutive Annahme für eurozentrisches Denken ist, dass die moderne Geschichte eine Ausbreitung westlicher Errungenschaften sei (sodass die Zukunft eine fortschreitende Verwestlichung sein muss). Dabei wird die europäische Entwicklung als eine Erfahrung *sui generis* – also aus sich selbst heraus – begriffen, die gänzlich innerhalb der Traditionen und der Geschichte Europas erklärt werden kann. Damit wird das Bild konstruiert, die heutige Moderne sei exklusiv westlich und habe mit irgendwelchen ‚Anderen‘ nichts zu tun.

Die kritische Analyse des Eurozentrismus fordert ein, die (europäische) Geschichte neu zu erzählen, die Beiträge der ‚Anderen‘ zur europäischen Moderne sichtbar zu machen und heutige Phänomene mit globaler Spannweite als Kontinuitäten der Verflechtungsgeschichte zu deuten.

Mit dem Geschichtsbild eng verbunden ist eine bestimmte Perspektive auf (nationale) Zugehörigkeit. Hier zeigt sich in der Priorisierung des Abstammungsprinzips eine konservative Auffassung. Warum ist eigentlich ein Junge oder Mädchen, dessen Großeltern beide Deutsche waren eher ein Teil deutscher Geschichte und Kultur als ein Junge oder Mädchen, dessen Eltern Türken sind oder eher als eine Person, die seit vielen Jahren in Deutschland lebt? Der Begriff der ‚Integration‘ wird indes in den öffentlichen Debatten zunehmend als Forderung nach Anpassung verstanden. Das „heißt, dass man Menschen, die in diesem Land arbeiten, Kinder bekommen, alt werden und sterben, einen Verhaltenskodex aufnötigt, bevor sie gleichberechtigt dazugehören.“¹

¹Stellungnahme „Demokratie statt Integration“ des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, <http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org>.

Wenn ich nun versuche, zu einem Fazit zu kommen:

Ich glaube es gibt eine Reihe von Dingen, über die man reden muss: Kolonialismus, soziale Aufstiegschancen usw. usf.: Und zwar nicht mit dem fokussierten Blick auf die MigrantInnen, sondern mindestens ebenso mit dem Blick auf die Dominanzkultur.

Ich habe im Vorfeld dieses Vortrags die Pressemitteilung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats gelesen, und finde, dass sie – auf Grundlage des Gesagten – in eine gute Richtung weisen:

So wird die Ernennung von Aygül Özkan als Ministerin als historischer Moment gewürdigt und gleichzeitig auf die Reaktionen der CDU und CSU auf Özkans Äußerungen zum Umgang mit religiösen Symbolen in Schulen hingewiesen.

Auch die Begrüßung der Wiederaufnahme des Prozesses im Fall Oury Jalloh ist zu nennen und in diesem Zusammenhang die Forderung, dass die Ausbildung von Polizeibeamten grundlegend umstrukturiert wird, damit es nie wieder zu einem solchen Prozess kommen muss.

Das Gleiche ließe sich für die Geschehnisse nach dem Mord an Marwa El-Sherbini fordern (nämlich dass auf ihren zur Hilfe eilenden Ehemann und nicht auf den (hellhäutigen) Täter geschossen wurde).

Und es lässt sich hier noch weiter denken: Etwa in Bezug auf Diversity in Redaktionen – und zwar nicht nur in Programmnischen. Damit es zu Darstellungen selbstverständlicher Zugehörigkeit kommt, die die Wirklichkeit in diesem Land darstellen. Und ich glaube, dass wir dafür kämpfen müssen, dass dies bald geschieht und nicht darauf warten können, dass dieser „natürliche Prozess“ schon ablaufen wird. Dies gilt natürlich auch im Hinblick auf die Frage von politischer Repräsentation.

Als Outro will ich einige Ausschnitte aus der Petition „Demokratie statt Integration“ von der Gruppe Kritnet, Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, die hunderte von Personen als Antwort auf die Sarrazin-Debatte unterzeichnet haben und die, wie ich finde, in die richtige Richtung weist, vorlesen:

„Man kann diese Debatte nicht versachlichen, denn nichts an ihr ist richtig. Wir akzeptieren schlicht keine Haltung, die gesellschaftliche Verhältnisse nach Kosten-Nutzen-Erwägungen durchrechnet und Arme und MigrantInnen zur Ausschusspopulation erklärt. Dies geschieht im Kontext einer globalen Wirtschaftskrise, von der nur allzu klar ist, wer ihre Folgen tragen soll. Wir wollen das Offensichtliche klar stellen. Wir leben in einer Einwanderungsgesellschaft. Das bedeutet: Wenn wir über die Verhältnisse und das Zusammenleben in dieser Gesellschaft sprechen wollen, dann müssen wir aufhören, von Integration zu reden. Integration heißt, dass man Menschen, die in diesem Land arbeiten, Kinder bekommen, alt werden und sterben, einen Verhaltenskodex aufnötigt, bevor sie gleichberechtigt dazugehören. Aber Demokratie ist kein Golfclub. Demokratie heißt, dass alle Menschen das Recht haben, für sich und gemeinsam zu befinden, wie sie miteinander leben wollen. Die Rede von der Integration ist eine Feindin der Demokratie. Noch vor kurzem wurden MigrantInnen der besonderen Missachtung

von Frauenrechten bezichtigt. Die aktuelle Hysterie zeigt aber einmal mehr, dass es den KritikerInnen der Migration nicht um Gleichberechtigung geht: Hier wird über Frauen nur noch als Gebärende gesprochen, die entweder zu viel oder zu wenig Nachwuchs produzieren. Es muss darum gehen, rechtliche und politische Strukturen zu schaffen, die es MigrantInnen ermöglichen, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten – und das beinhaltet auch, das Ausländerrecht zu verändern. Wenn selbsternannte LeistungsträgerInnen sich ein quasi „naturegebenes“ Recht zubilligen, über die Daseinsberechtigung anderer zu urteilen, dann ist das wohl ein neuer Mix aus Neoliberalismus und Rassismus. Bisher wurden Sprache, Kultur und religiöse Gebräuche der migrantischen Minderheiten für deren Lebensverhältnisse verantwortlich gemacht. Jetzt sollen es die Gene sein. Bisher wurde behauptet, dass durch Leistung, Arbeitsethos und Anpassung ein Platz in der Gesellschaft gesichert ist. Jetzt wird ganzen Gruppen nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Fähigkeit dazu abgesprochen. Inakzeptabel ist nicht nur der Rassismus, der in den Ausführungen von Sarrazin und seinen Mitläufern steckt, sondern auch die darin enthaltene Konsequenz, Hierarchien in dieser Gesellschaft als unverrückbar zu erklären und damit Politik an sich, die Konflikte, Verhandlungen und Kämpfe um ein besseres Leben für sinnlos zu erklären. Es sind politische Entscheidungen, die für die Verarmung und soziale Deklassierung zunehmender Teile der Bevölkerung verantwortlich sind. Reden wir davon, wie dieses Deutschland jahrzehntelang den Eingewanderten ihre sozialen und politischen Rechte vorenthalten hat. Reden wir davon, dass MigrantInnen der Zugang zu Bildung, Wohnraum und Arbeitsplätzen, in öffentliche Institutionen und Ämter ebenso wie in Clubs und Fußballvereine systematisch erschwert wird. Das Problem sind weder die Armen noch die MigrantInnen, das Problem ist eine Politik, die Armut und Rassismus produziert. Das Problem ist eine Gesellschaft, die sich auch über Ausgrenzung definiert.“²

²Stellungnahme „Demokratie statt Integration“ des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, <http://www.demokratie-statt-integration.kritnet.org>.